



**Deutschland stark machen,
die Region beflügeln!**

Halbzeitbilanz

Lothar Binding.
Für Sie im Bundestag.



Lothar Binding, MdB:

***Soziale Gerechtigkeit durch eine Finanz- und Wirtschaftspolitik
als Voraussetzung für Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik***



Halbzeitbilanz

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,

gut zwei Jahre sind seit der letzten Bundestagswahl vergangen. Eine angemessene Zeitspanne für einen kleinen Zwischenbericht. Dieser Bericht ist recht allgemein, er zeigt meine Arbeitsrichtung und deutet Themen an, die jenseits meiner Arbeit im Finanzausschuss und im Haushaltsausschuss wichtig sind. Vieles ist im Kompromiss entstanden. Im Kompromiss mit Kolleginnen und Kollegen in der eigenen Fraktion, im Kompromiss mit anderen Fraktionen und im Kompromiss mit dem Bundesrat sowie mit Blick auf Europa, die Bundesländer und besonders die Kommunen. Jeder wird verzeihen, wenn mir dabei unsere Region und die Gemeinden meines Wahlkreises besonders am Herzen liegen. Die Einzelheiten, die konkrete gesetzgeberische Arbeit, die Formulierungen, die Verhandlungen, die Anhörungen, auch die Abwehr von egoistischen Einzelinteressen oder fachlich nicht begründbaren Forderungen, lassen sich in einem solchen Bericht nicht darstellen. Falls Sie ein spezielles Thema genauer interessieren sollte, bitte ich Sie, mir kurz zu schreiben.

Es hat sich, nein besser: wir haben in diesen zwei Jahren vieles bewegt in Deutschland: Die Gesundheitsreform wurde auf den Weg gebracht und wir erkennen, dass sich die Finanzsituation im Gesundheitssystem seit Einführung der neuen Regelungen zunehmend entspannt. Ebenso wurde die Reform des Arbeitsmarktes, kurz Hartz I, II, III und IV, ein Kompromiss mit dem Bundesrat, mit meiner Stimme, schweren Herzens beschlossen und wartet auf erste Erfahrungen bei ihrer Umsetzung seit dem 1.1.2005. Auch wenn es eine nicht von allen geliebte Reform ist, die zum Teil bestimmte

Einschnitte erfordert, so ist sie doch ein wichtiges Element, um unser gesamtes Sozialsystem langfristig wieder auf eine solide Basis zu stellen.

Dennoch ist sie nur ein erster Schritt und es wartet noch viel Arbeit auf uns, meine Kollegen aus der Politik und auch auf die Menschen in unserem Land. Auch in zahlreichen anderen Bereichen ist vieles zu tun um unsere Region und das Land wieder zu einem gerechten und lebenswerten Teil der zusammenrückenden Welt zu machen.

Die einzelnen Seiten informieren Sie darüber, auf welche Bereiche ich mein Engagement besonders konzentriere. Gleichwohl arbeite ich natürlich auch in anderen Bereichen, die hier nicht oder nur kurz zur Sprache kommen, denn in keinem Politikfeld lässt sich etwas erreichen, wenn man nicht das Ganze im Blick hat. Das Thema „Kommunalpolitik im Bundestag“ zum Beispiel verdient an anderer Stelle eine eigene Darstellung. Doch um Ihnen die bestmögliche Einsicht in meine Arbeit zu geben, ist es notwendig, sich auf das Wichtigste zu beschränken. Ich hoffe, die Lektüre zeigt Ihnen, wie wichtig es ist, dass Sie sich einerseits mit Ihrer Stimme an der Wahlurne, andererseits mit Ihrer Expertise im Gespräch und Ihrem Engagement an der Demokratie beteiligen. Sollten Sie bislang nicht zu meinen Wählern zählen, hoffe ich, Sie davon überzeugen zu können, mir bei der nächsten Wahl Ihr Vertrauen zu schenken. Ich würde mich darüber freuen, wenn ich meine Arbeit für Sie noch lange Zeit fortsetzen könnte.

Lothar Binding



Eine global verknüpfte Welt erfordert eine konsequente Außenpolitik

Eines der wichtigsten Themen in einer zusammenwachsenden Welt ist die Außenpolitik. Obwohl ich in diesem Bereich nicht unbedingt meine Hauptaufgabe sehen kann, ist es mir wichtig, Ihnen meine Ansichten über Deutschland und seine Rolle in der Welt aufzuzeigen:

Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung und auch von mir ist es, die UN in den internationalen Beziehungen zu stärken. Hierbei entspricht es auch der Verantwortung der

Bundesrepublik Deutschland - ich denke z.B. an den Irak - einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anzustreben. In den vergangenen Jahren hat sich unser Land der internationalen Gemeinschaft immer wieder als verlässlicher Partner im Streben nach Frieden und Sicherheit gezeigt. Einsätze in Bosnien und Afghanistan mögen hier als die deutlichsten Beispiele stehen, aber auch eben die Weigerung am Irak-Feldzug der USA teilzunehmen steht für dieses Selbstverständnis.



Peking und Shanghai 09. - 15. Mai 2004

Delegationsreise der SPD-Bundestagsfraktion, (von links): Bernd Reddies (FES), Karin Kortmann (MdB), Detlef Dzembitzki (MdB), Frau Ph. D. Zhao Baige (Vize-Gesundheitsministerin), Lothar Binding (MdB), Dolmetscherin, Dieter Grasedieck (MdB)



Exposure Bolivien 2004 - Armut überwinden Landbesitzverteilung und Migration in Bolivien Überlebensstrategien der Landbevölkerung

Die Europäische Union ist die Zukunft unseres Kontinents und ein starkes Europa bedeutet auch, dass zwei ehemals sehr unterschiedliche politische Systeme weiter aufeinander zugehen. Dies hilft, Frieden und Wohlstand zu sichern. Im Mai 2004 nahm die EU zehn neue Mitglieder auf. Weitere Kandidaten wünschen der Union beizutreten. Dies zeigt deutlich, wie erfolgreich die Geschichte der Europäischen Integration ist. Und dieser Erfolg beruht sowohl auf den politischen als auch auf den wirtschaftlichen Chancen, die sich durch den Einigungsprozess ergeben. Deutschland muss in diesem Prozess auch weiterhin eine führende Rolle übernehmen; als Land, das seine Teilung überwunden hat, kann es beim Thema Osterweiterung wichtige Erfahrungen einbringen.

Wir können die Zukunft nur erfolgreich gestalten, wenn sie friedlich ist. Europa ist ein Land, das durch die eigenen Erfahrungen gelernt hat: Frieden kann nur entstehen, wenn man gemeinsam versucht, die drängenden internationalen Probleme zu lösen. Die EU kann hier die Aufgabe eines



Vermittlers übernehmen. Deshalb benötigt sie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Im Entwurf zur Europäischen Verfassung wird durch einen gemeinsamen Außenminister eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen. Ich halte es für wichtig, die Ratifizierung dieser Verfassung ganz oben auf die Tagesordnung der neuen Kommission und des Europaparlaments zu setzen, damit sie so schnell wie möglich in Kraft treten kann.

Traditionelle Stärken fördern, Innovationen schaffen



Wolfgang Clement - Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit - war 2004 zu Besuch in der Heidelberger Deutschlandzentrale von SAS. Er kam aus Berlin in den historischen Haarlass, um sich im Rahmen eines Roundtablegesprächs das Unternehmen SAS und seine mittlerweile 22-jährige Erfolgsgeschichte in Deutschland vorstellen zu lassen.

Deutschland war immer das Land der Dichter und Denker. Doch auch für seine Ingenieure ist es in der Welt bekannt. Diesen guten Ruf müssen wir erhalten. Zurzeit ist Deutschland „Exportweltmeister“ und hat die höchste Zahl an neu angemeldeten Patenten weltweit. Dies ist von unschätzbarem Wert für ein Land mit nur wenigen natürlichen Ressourcen. Deshalb sollten wir weiterhin in die Grundlagen dieser Spitzenstellung investieren: Bildung, berufliche Weiterbildung, Forschung und Entwicklung. So kann es unserem Land gelingen die Globalisierung der Märkte auch zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Ausgaben für Bildung und Forschung in den Jahren seit 1998 kontinuierlich erhöht. Heute liegt der Etat in diesem Bereich bei ca. 9,7 Mrd. Euro. Um auch weiterhin die notwendigen Mittel zur Verfügung zu haben, benötigt unser Land weitere Reformen, denn noch immer ist die Staatskasse durch zu hohe Vorbelastungen aus der Vergangenheit unter Druck. Bis zum Jahr 2010 wollen wir unsere Ausgaben für Bildung, Ausbildung und Forschung auf über 3% des BIP bringen, derzeit sind es 2,53%. Mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln ist das Land in der Lage, zur Führungsnation in wichtigen Entwicklungsbereichen zu werden. Beispielsweise bei den erneuerbaren Energien, medizinischen Technologien oder Verkehrs- und Mobilitätskonzepten.



„Ein Vorbild für Universitätskliniken in Deutschland“ - Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt besuchte die neue Medizinische Universitätsklinik Heidelberg und das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen



Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist es, die Hochschulen in Deutschland besser im internationalen Wettbewerb zu platzieren. Dies sollte geschehen, ohne dabei die traditionellen Errungenschaften unseres Universitätswesens zu beschädigen. Nur durch die Verbindung von Tradition und Innovation kann es gelingen, wettbewerbsfähig und attraktiv für Studenten und Wissenschaftler aus dem Ausland zu sein - und zukunftsweisende Forschungsergebnisse zu erzielen. Zu unseren guten Traditionen gehört auch der freie Zugang zu den Hochschulen. Aus diesem Grund müssen wir mit den Ländern eine Regelung vereinbaren, die es trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ermöglicht, dass junge Menschen unabhängig von sozialer Herkunft und finanziellen Möglichkeiten studieren

können. Der Ausbau des BAFöG seit 1999 soll es ermöglichen, dass im Jahre 2006 erstmals eine Studienanfängerquote von 40% erreicht wird.



Zukunft sichern: Kinder und Jugend besser betreuen und ausbilden

Unsere Kinder- und Jugendpolitik richtet sich nach dem Grundsatz der Chancengleichheit. Deshalb ist es uns wichtig, damit schon bei den Kleinsten zu beginnen. Hier hinkt Deutschland seinen europäischen Nachbarn weit hinterher. Nur ca. 10% der Unter-drei-jährigen nehmen hierzulande an der Kinderbetreuung in Krippen teil, im Nachbarland Frankreich sind es 29% und in Finnland sogar 54%. Ein verbessertes Betreuungsangebot ist also dringend notwendig. Auch weil immer mehr Elternpaare berufstätig sind. Bereits heute gibt es mehr Krippenplätze als noch vor sechs Jahren, doch bis 2010 sollen viele weitere folgen. Vor allem der Westen Deutschlands hat hier enormen Nachholbedarf. Die pädagogische

Betreuung unserer jüngsten Bürger ist auch deshalb sinnvoll, weil bereits in diesem Alter wichtige Grundlagen spielerisch gelegt werden können.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es, Ganztagsbetreuung und Ganztagschule zu fördern. Die PISA-Studie hat leider gezeigt, dass unser Land in der Schulausbildung nicht dem Niveau einer führenden Industrienation entspricht. Für dieses Ergebnis sind zahlreiche Faktoren ursächlich. Mit der Ausdehnung von Ganztagsschulangeboten sorgen wir dafür, dass auch im schulischen Bereich die Chancengleichheit verbessert wird. Unsere Kinder werden nicht mehr ab 13 Uhr sich selbst in ihrem Milieu überlassen, sondern sind auch am Nachmittag mit ihren Freunden zusammen. Zudem werden sowohl besonders begabte als auch auf einzelnen Gebieten schwächere Schülerinnen und Schüler gezielter gefördert als dies bisher der Fall war. Zusammen mit Musikschulen, Sportvereinen und anderen wurde bereits einiges getan. Um das Angebot in den Schulen auszubauen, werden bis zum Jahr 2007 weitere 4 Mrd. Euro eingesetzt.



Die junge Weinheimer Realschülerin Simone Reisenbauer erhielt im Rahmen des **Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP)** ein Stipendium in den USA. Für ein Jahr lebte sie bei einer Gastfamilie in Ione, im Osten des Küstenstaates Oregon.



Nach der Schule dürfen wir die Jugend nicht alleine lassen. Die Bundesregierung hat sich aus diesem Grund mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft dazu entschlossen, einen nationalen Pakt für mehr Ausbildung zu schließen. Dieser trat im Juni 2004 in Kraft und konnte bereits erste Wirkung zeigen. Gesetze sind in dem Maß verzichtbar, wie die Verantwortlichen eigenständig im Sinne der Gemeinschaft handeln. Die Wirtschaft hat gezeigt, dass sie die Verantwortung für die Ausbildung dringender benötigter Fachkräfte selbst übernehmen will und damit gleichzeitig vielen Schulabgängern eine Chance gibt. Doch auch diese sind in der Verantwortung. Wer eine Ausbildung machen will, muss sich informieren, welche Möglichkeiten es gibt, eine Lehrstelle zu finden. Hierzu haben wir spezielle Beratungsstellen in den Arbeitsagenturen eingerichtet. Zufrieden können wir jedoch erst dann sein, wenn jeder Jugendliche eine Ausbildungsstelle hat und in der Lage ist, sein Leben selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen.

Mathematik muss raus aus dem Bildungsloch.

Podiumsdiskussion in der Universität Heidelberg.
(von links): Arne Madincea, Prof. Hans-Wolfgang Henn, Prof. Willi Jäger, Moderator, RNZ-Redakteur Rolf Kienle, Lothar Binding, Bernd Neumann, Manfred Hahl und Roger Kömpf.



„Bildung, Leben, Tanzvergnügen“ - Die Initiative der SPD für Bildung und Betreuung im Palais Prinz Carl, Kornmarkt vom 20.2.04
Podiumsdiskussion zum Thema Ganztagschule und Kinderbetreuung für unter 3-jährige. Moderation: Bernd Bentgens

Eine Steuerreform für Familien und den Mittelstand



Heidelberg / „Praktikum für Bundestagsabgeordnete 2004“ ist eine Initiative der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM). Einführung in die Geheimnisse des Videofachhandels.

Seit vielen Jahren hatte Deutschland eine grundlegende Steuerreform nötig. Wir haben sie angepackt: die letzte Stufe der Steuersenkung trat am 1.1. 2005 in Kraft. Die Ergebnisse können sich sehen lassen:

- Der Mittelstand wird um ca. 17,2 Mrd. Euro entlastet.
- Die Entlastung für Familien beträgt sogar 40,4 Mrd. Euro.
- Durch die neuen Steuersätze - den Eingangsteuersatz von nur 15%, früher 25,9% und den Spitzensteuersatz von 42 %, statt bisher 53 % - wird die Entlastung für fast alle spürbar.

Für „fast alle“. Lediglich für Spitzenverdiener, die früher viele Steuergestaltungsmöglichkeiten genutzt haben, sieht es anders aus. Sie kommen heute mit ihrer Steuerzahlung deutlich näher an ihre Leistungsfähigkeit als früher.

Besonders wichtig ist uns jedoch, dass Arbeitnehmerfamilien bessere finanzielle Möglichkeiten haben. So zahlt zum Beispiel eine Familie mit 2 Kindern und einem Bruttoeinkommen bis zu 37.000 Euro keine Einkommen- bzw. Lohnsteuer mehr.

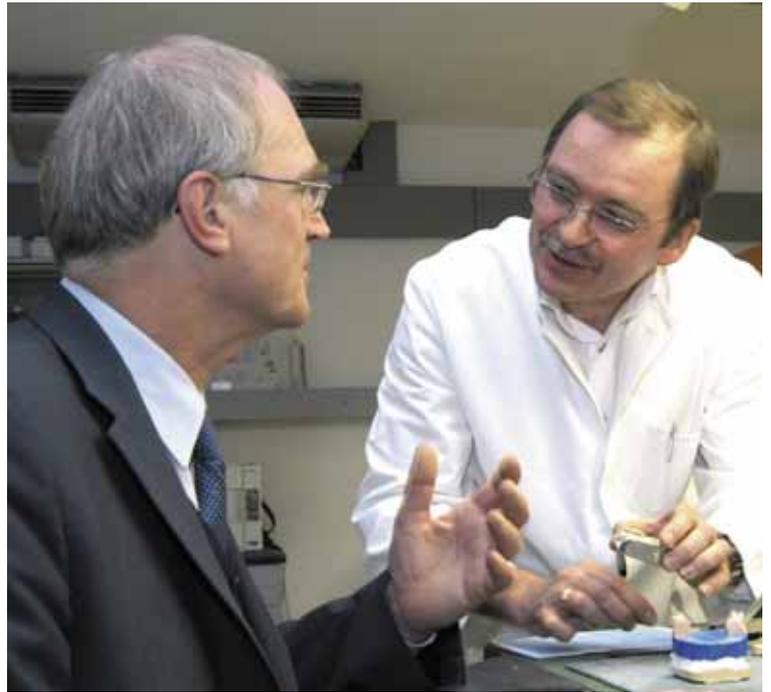
Um Deutschland wieder zu einem familienfreundlichen Land zu machen, haben wir viel in ihre Förderung investiert. Unsere Ausgaben sind seit 1998 um gut 50% von 40 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro (ca. 3% des BIP) jährlich gestiegen. So wurde beispielsweise das Kindergeld für die ersten beiden Kinder erhöht. Weitere Finanzhilfen



Sprecher (Obleute) und stv. Sprecher im **Finanzausschuss**

für besonders schwache Familien wurden ebenso beschlossen, wie die - entlang der schwierigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts - Steuerfreibeträge für Alleinerziehende.

Da wir uns auch für den Ausbau von Ganztagesbetreuung und Ganztagschulen einsetzen, werden Eltern so auch zeitlich entlastet. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern konnten wir durch verschiedene neue Angebote und gesetzliche Regelungen wie den gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitarbeit oder die Neuregelung der Elternzeit deutlich verbessern. Wir sehen in unseren Kindern eine wichtige Investition in die Zukunft. Deshalb brauchen wir ein kinder- und familienfreundliches Deutschland.



Hirschberg / **Betriebspraktikum** im Leutershäuser Dentallabor Prieß.



Der Arbeitsmarkt der Zukunft – Fördern und Fordern

Die Reform des Arbeitsmarktes ist eines unserer wichtigsten Anliegen. Die Grundlage einer solidarischen Gemeinschaft ist eine starke Arbeiterschaft. Ohne eine breite Mittelschicht lässt sich unser Sozialsystem nicht länger, auch nicht wie bisher auf Kredit, bezahlen. Deshalb setzen wir auf die Reformvorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt“, besser bekannt als Hartz-Kommission. Das Herzstück dieser Reformen ist der Umbau des veralteten Systems der Arbeitsvermittlung und die Schaffung neuer Möglichkeiten zur Berufsaufnahme. Die Bundesanstalt für Arbeit wird zur Agentur für Arbeit und somit zum Dienstleister. Die Arbeitssuchenden werden nicht länger verwaltet, sie werden intensiv beraten. So konnten bereits einige hunderttausend Menschen eine Phase der Arbeitslosigkeit hinter sich lassen und

sind nun ihr eigener Chef in ihrer Ich-AG; mit der Hoffnung auf eine zukunftssichere Selbständigkeit. Zukünftig wird sich ein Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr um 700 und mehr Arbeitssuchende kümmern müssen, sondern um weniger als 80. So bleibt mehr Zeit, sich intensiver um den Einzelnen zu kümmern und eine zielgerichtete und schnelle Vermittlung zu ermöglichen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist, die Grund- sicherung aller Menschen in diesem Lande gerechter zu gestalten. Deshalb haben wir uns entschieden, die beiden aus Steuern finanzierten Unterstützungsformen Arbeits- losenhilfe und Sozialhilfe zusammenzule- gen. Dies bedeutet für einen Großteil der bisherigen Bezieher mehr Vor- als Nach- teile. So haben erwerbsfähige Sozialhilfe-



Andrea Nahles zu Gast bei Egon Menzel, dem Geschäftsführer der Stadtwerke Weinheim. Mit dabei Wolfgang Metzeltin als Weinheimer SPD-Fraktionsprecher.



Der Nachfolger von Franz Müntefering, **Klaus Uwe Benneter** tourt unter dem Slogan „Wir tauschen alte Schlappen gegen gute Informationen“ durch die Lande. Gemeint sind damit alte Schuhe und die gab es reichlich, als Benneter **auf dem Weinheimer Markt** Station machte. Im Gegenzug sprach er mit den Bürgern über die aktuelle Reformpolitik.

empfänger ab 1.1.2005 einen Anspruch auf staatliche Hilfen bei der Rückkehr in eine reguläre Arbeit. Die Hinzuverdienstgrenzen wurden angehoben, da wir der Ansicht sind, der Einstieg in eine Beschäftigung sollte gewürdigt werden.

Auch weiterhin werden arbeitslos Gewordene im ersten Jahr nach Verlust ihrer Arbeit nach ihrem bisherigen Verdienst unterstützt. Wer nach einem Jahr noch immer keinen neuen Arbeitsplatz gefunden hat, auch nicht in einer Personalserviceagentur, bekommt ab 1.1.2005 das Arbeitslosengeld II, welches niedriger sein kann als die frühere Arbeitslosenhilfe. Denn diese Unterstützungsleistung richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht nach dem bisherigen Einkommen. Hinzu kommen Sachleistungen wie Miet- und Heizkostenzuschüsse. Wir sind der Meinung, dass ein arbeitsloser Arbeiter nicht weniger Geld von der Gemeinschaft erhalten sollte als ein arbeitsloser Manager. Deshalb haben beide Anspruch auf die gleichen staatlichen Leistungen, einschließlich einer intensiven Unterstützung bei der

Arbeitssuche, gegebenenfalls auch durch Arbeitsförderungsmaßnahmen, Qualifizierungsangebote und Zusatzleistungen wie Kinderbetreuung, Schuldnerberatung oder Einstiegsgeld bei Aufnahme einer neuen Erwerbstätigkeit. Insgesamt werden im Jahr 2005 6,35 Mrd. Euro in die Wiedereingliederungsmaßnahmen von Arbeitslosen fließen.

Ab sofort wird jeder Jugendliche unter 25 Jahren sofort nach Antragstellung auf Arbeitslosengeld II in Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vermittelt. Die Jugendlichen müssen jedoch zumutbare Angebote annehmen, getreu nach unserem Motto: Fördern und fordern. Denn wir meinen, dass es unerträglich ist, wenn es uns nicht gelingt, die Jugendlichen zu selbstständigen und verantwortungsvollen Erwachsenen zu machen, die ihren Teil zu unserer Gemeinschaft beitragen können.



Gesunder Mittelstand – leistungsfähige Kommunen

Ein gesunder Mittelstand ist uns wichtig! Von ihm geht ein Großteil der Innovation und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus. Ebenso werden hier wichtige Arbeitsplätze bereitgestellt und neu geschaffen. Aus diesem Grund wollen wir es mittelständischen Betrieben leichter machen. Wir bauen die schwerfällige Bürokratie ab. So können Darlehen schneller erteilt werden und dringend benötigte Arbeitsplätze entstehen. Im vergangenen Jahr hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau Förderkredite mit einem Gesamtvolumen von 10 Mrd. Euro bereitgestellt. Auch an anderer Stelle wurde der Bürokratieabbau vorangetrieben. Die

veraltete Handwerksordnung wurde entschlackt. Das ist gut. Allerdings war mir die Ausbildung zum Handwerks- bzw. Industriemeister stets sehr wichtig; ein Standbein für qualitativ hochwertige Arbeitsergebnisse. Dieses System ist in Europa „leider“ einmalig und führt deshalb in den Grenzregionen zu Verwerfungen. Aufgrund dessen ist der Meisterzwang in vielen Handwerksberufen weggefallen oder gelockert worden. Der Vorteil dabei ist, dass sich nun auch Gesellen schneller mit dem eigenen Betrieb selbstständig machen können.

Zu oft muss die Gesellschaft aufgrund von Schwarzarbeit auf Steuereinnahmen verzichten, was ja bedeutet, andere Menschen müssen diese fehlenden Einnahmen aufbringen. Dies können wir nicht länger hinnehmen. Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Der Gesamtschaden beträgt pro Jahr ca. 370 Mrd. Euro, also ca. 17% des BIP. Dieses Geld fehlt dem Staat, also uns allen, für wichtige Investitionen! Wir haben deshalb strikte Gesetze gegen illegale



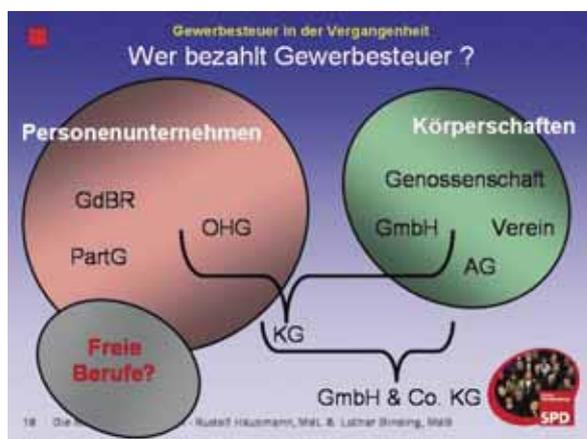
„Hilfe für die Gemeinden“ - Diskussion mit Bürgermeistern und Kämmerern der Region in Neckarhausen. Der Gastgeber des Treffens, Bürgermeister Roland Marsch, brachte es bei der Begrüßung auf den einfachen Nenner: „Wenn die Kommunen nicht mehr investieren können, dann schaffen sie keine Arbeitsplätze und dann sinkt das Steueraufkommen.“



Beschäftigung beschlossen. Die Zollverwaltung wurde damit betraut, künftig mit 7.000 Mitarbeitern gegen Schwarzarbeit vorzugehen. Zudem haben wir mit den Minijobs eine sinnvolle Alternative zur „unangemeldeten“ Beschäftigung geschaffen. Dies kommt allen zugute! Allerdings müssen wir die Entwicklung der Zahlen bei den Mini- und Midijobs im Blick behalten, denn dieses System kann nur bei verantwortungsvollem Umgang erhalten bleiben – nicht jedoch, wenn damit reguläre Beschäftigung ersetzt wird.

Ein wichtiger Auftraggeber für unsere mittelständischen Betriebe sind neben den Privathaushalten auch die Städte und Gemeinden. Diese vergeben Aufträge an ortsansässige Unternehmer und sorgen damit für eine gute Auslastung. Für uns ist es deshalb wichtig,

die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Durch die Entbindung von der Mitfinanzierung des Aufbaus Ost und durch die Gewerbesteuerreform haben wir die Ausgabenseite entlastet und die Einnahmefähigkeiten erhöht. Dazu trägt unter anderem die Mindestgewinnbesteuerung für Großunternehmen bei, die auch den Kommunen zugute kommt. Durch die Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe werden die Gemeindekassen zusätzlich entlastet, da arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger ab dem 1. Januar 2005 in die Zuständigkeit des Bundes fallen. So stehen den Kommunen seit diesem Jahr insgesamt rund 6,7 Mrd. Euro mehr zur Verfügung als bisher. In den nachfolgenden Jahren werden es sogar bis zu 8 Mrd. Euro sein. Geld, das sinnvoll verwendet werden wird und somit Arbeitsplätze sichert und neue schafft.



Zusammen mit dem SPD-Generalsekretär Rudolf Hausmann, MdL entwickelte ich eine **Veranstaltungsreihe zum Thema „Gemeindefinanzen“**. Sie diente dazu, das SPD-Konzept, das auch von den kommunalen Spitzenverbänden getragen wird, detailliert zu erläutern. „Wir werden klar und deutlich aufzeigen, wer auf der Seite der Kommunen steht und zwar nicht nur in Sonntagsreden“, erläuterte Hausmann bei der Auftaktveranstaltung in Stuttgart. In einer **Multimedia-Präsentation** wurde die komplexe Materie rund um die Gewerbesteuer vorgestellt.



Ein starkes solidarisches Gesundheitswesen

Gesundheit ist eines der wichtigsten Güter unserer Gesellschaft. Deshalb meinen wir, dass jeder Bürger Zugang zu medizinisch notwendigen Maßnahmen haben muss, ohne dabei Abstriche bei der Qualität zu machen. Wir leisten uns ein weltweit vorbildliches Gesundheitswesen mit modernen Krankenhäusern und einer hohen Dichte an Allgemein- und Facharztpraxen. Aber dies alles will auch bezahlt sein und muss bezahlbar bleiben.

Die steigende Zahl älterer Menschen mit höherem Behandlungsbedarf und dem technologischen Fortschritt in allen Bereichen der Medizin, der immer aufwändigere und leider auch teurere Techniken und Arzneien hervorbringt, haben dafür gesorgt, dass die Kosten des Systems in den vergangenen Jahren enorm angestiegen sind. Hier haben wir mit unserer Reform angesetzt. Es galt zunächst, den Kostenanstieg zu bremsen. Wenn die Kosten sinken, können auch die Beiträge zu unserer solidarisch finanzierten Krankenversicherung sinken. Arbeitnehmer behalten mehr im Portmonee und Arbeitgeber freuen sich über sinkende Lohnnebenkosten. Schon 26 Mio. Versicherte können diese Entlastung auf ihrer Gehaltsabrechnung feststellen, erstmals seit vielen Jahren sinken die Beiträge. Wir for-

dern von den Krankenkassen, dass sie ihre erwirtschafteten Überschüsse von 2,5 Mrd. Euro zum Schuldenabbau verwenden, aber auch in Form von weiteren Beitragssenkungen an die Versicherten weitergeben. Allein durch Minderausgaben bei den Arzneimitteln haben die Kassen rund 1,4 Mrd. Euro eingespart. Ein weiteres Ziel der Gesundheitsreform war es, das Hausarztprinzip zu stärken. Dies ist uns gelungen. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung registrierte für 2004 einen Rückgang der Praxisbesuche. Durch die Lenkungsfunktion des Hausarztes können viele unnötige Arztbesuche vermieden werden. Auch dass zwischenzeitlich über 150 Kassen Bonusprogramme aufgelegt haben und gesundheitsbewusstes Verhalten belohnen ist von uns erwünscht. Wer gesund lebt, kann sparen!

Ein erster Schritt ist also geschafft: Das Gesundheitssystem ist sparsamer und effizienter geworden. Die Zukunft liegt unserer Ansicht nach in der Bürgerversicherung. Durch sie wollen wir mehr Gerechtigkeit in die Finanzierung von Gesundheit bringen. Die Eckpunkte hierfür hat die SPD Mitte 2004 vorgelegt. Zunächst einmal wird die Basis der Einzahler erweitert. Auch Selbständige und Beamte werden das System mittragen und nicht wie bislang davon



„Stärkung der Patientensouveränität“ - Fachkundige Gäste kamen zur Themenreihe „Gesundheitspolitik“ in die Thoraxklinik Heidelberg. Auf dem Podium saßen (v.l.n.r.) Klaus Kirschner, SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Streibl, KV, Lothar Binding, Karin Graf, Apothekerkammer BaWü, Bruno Krüger, AOK Heidelberg und Dr. Uwe Lückgen, KV.

ausgenommen sein. Privat oder gesetzlich versichert, hier hat jeder die freie Wahl. Wichtig ist nur, dass es beim Solidarprinzip bleibt. Bei unserem Modell zahlt jeder nach seiner Leistungsfähigkeit. Dabei werden jetzt auch Kapitaleinkünfte berücksichtigt. Aus der Bürgerversicherung erhalten alle die gleichen hochwertigen medizinischen Leistungen. Damit unterscheidet sich die Bürgerversicherung grundlegend vom Unionsmodell der Kopfpauschale. Dahinter steckt die Idee, dass jeder den gleichen Betrag zahlen soll, also die einfachen Arbeiter das gleiche wie die Unternehmensspitze. Wir halten dies für ungerecht und betrachten es als Abschied vom Solidarprinzip.



Ministerin Ulla Schmidt war zu Besuch in der Medizinischen Klinik. In einem Gespräch mit dem Leitenden Ärztlichen Direktor, Prof. Dr. Einke Martin, der Kaufmännischen Direktorin Irmtraut Gürkan und dem Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Claus Bartram und Prof. Dr. Wolfgang Herzog informierte sie sich über den Stand wichtiger Projekte im Klinikum und besichtigte neue Versorgungseinrichtungen in der Klinik. Am Abend stand sie Mitarbeitern des Klinikums zu aktuellen gesundheitspolitischen Fragen Rede und Antwort.

Gerechtigkeit zwischen Generationen und Geschlechtern

Die Altersstruktur unseres Landes verändert sich. Es gibt mehr ältere Menschen als früher, gleichzeitig bleibt die Geburtenrate auf einem konstant niedrigen Niveau. Dies bereitet Probleme, da immer mehr Ältere immer länger Rentenzahlungen erhalten. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Einzahler in die Rentenkasse. Diese zunehmende Schief-lage - die sich in den Jahren zwischen 2010 und 2025 gravierend auswirken wird, geburtenstarke Jahrgänge bis 1968, danach Pillenknick - erfordert heute Reformen für einen Zeitraum der bis ins Jahr 2040 reicht. Unser erster Schritt war die Einführung einer privaten und verlässlichen, weil staatlich zertifizierten Zusatzrente - die „Riester-Rente“ -, für die sich bereits über 4 Mio. Menschen entschieden haben. Zudem haben im neuen System schon mehr als 15 Mio. Bürger Anspruch auf eine Betriebsrente. Doch wir haben noch mehr getan. Im Jahr 2004 wurde die Rente einmalig nicht erhöht. Zudem zahlen unser Rentnerinnen und Rentner seit 1.4.04 den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung. So haben wir erreicht, dass der Beitragssatz für die Einzahler stabil bei



Lothar Binding lädt 15-jährige Schülerin aus Heidelberg zum „Girl’s Day“ nach Berlin ein. Die SPD-Fraktion zeigt jungen Frauen die Welt der Bundespolitik.

19,5% blieb - ohne diese Maßnahmen läge dieser schon bei deutlich über 20%.

Die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel wird ab dem 1. Juli 2005 dafür sorgen, dass zukünftig Änderungen im Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern mehr Berücksichtigung findet. Und wir müssen - und fast alle wollen - auch wieder länger arbeiten. Der Trend zur Frühverrentung und die „Erfahrungsdiskriminierung“ muss gestoppt werden, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere dagegen weiter verbessert. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass Menschen mit 50 zum „alten Eisen“ gezählt werden.



Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass die Besteuerung von Rentenbeiträgen unzulässig ist. Wir kümmern uns aus diesem Grund um ein neues Alterseinkünftegesetz, welches diesem Urteil langfristig gerecht wird. Durch die neue, „nachgelagerte“ Besteuerung werden Beschäftigte bereits im kommenden Jahr um 1 Mrd. Euro entlastet. 2010 werden es gute 6 Mrd. Euro sein. Ab 2025 werden die Rentenbeiträge dann gänzlich steuerfrei sein und bis 2040 stattdessen stufenweise die Renten selbst steuerpflichtig. Dies betrifft jedoch nur hohe Renten. Wer allein stehend ist, zahlt bis zu einer jährlichen Rente von 19.000 Euro keine Abgaben, bei Ehepaaren sind es 38.000 Euro, die steuerfrei bleiben. Mit uns werden die Rentenempfänger auch weiterhin angemessen am Wohlstand der Gesellschaft beteiligt werden. So stellen wir uns Generationengerechtigkeit vor und organisieren den komplizierten Systemwechsel mit langfristiger Perspektive.

Auch die Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau liegt uns am Herzen. Wir haben viel dafür getan, dass auch Frauen einen leichteren Zugang zur Erwerbstätigkeit haben. Die Vereinbarung von Beruf und Familie wurde durch verschiedene Maßnahmen ebenso verbessert, wie die Förderung von Alleinerziehenden. Ein Recht auf Teilzeitarbeit wurde gesetzlich verankert und Elternzeiten



Ministerin Renate Schmidt und Lothar Binding zum Thema Generationengerechtigkeit.

eingeführt. So ist es nun möglich, dass beide Partner Teilzeit arbeiten oder gemeinsam Elternzeit nehmen. Denn dann haben beide Elternteile gleichermaßen Zeit für den Nachwuchs und entlasten sich gegenseitig.

Ein ganz neuer Ansatz ist uns mit der Gründung des Gender-Kompetenzzentrums an der Berliner Humboldt-Universität gelungen. Auch zahlreiche andere Initiativen wie der „Girls-Day“ sollen dafür sorgen, dass Mädchen und Frauen ermutigt werden, Berufe außerhalb der klassischen Rollenklischees zu ergreifen oder sich für eine Selbstständigkeit zu entscheiden.



Sport tut Deutschland gut



Heidelberg - „**Perspektiven unserer Vereine**“, hieß das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der Heidelbergs SPD-Bundestagsabgeordneter Lothar Binding die Bevölkerung und kompetente Gesprächspartner in den Olympiastützpunkt Rhein-Neckar eingeladen hatte.

Unsere Gesellschaft ruht auf Zusammenhalt und Netzwerken bürgerschaftlicher Beteiligung. Der Sport in Deutschland mit seinen Vereinen und Verbänden integriert weit mehr Menschen als viele andere Freiwilligen-Organisationen. Darüber hinaus ist der Sport ein gesellschaftlicher Bereich, der die weitaus meisten Ehrenamtlichen motiviert und zu hoher Dichte und Tragfähigkeit des sozialen Netzes beiträgt.

Neben diesen zentralen Beiträgen des Sports zur Bildung „sozialen Kapitals“ belegen zahlreiche Projekte, Programme und Entwicklungen die enorme Bedeutungssteigerung des Sports. Der Sport, gemeint sind damit die für den Sport Engagierten und

die gesellschaftspolitischen Leistungen und Beiträge im Zusammenhang mit sportlichen Aktivitäten sind vielfältig. Das Sportsystem selbst ist komplexer geworden und somit auch seine Beziehung zum politischen System.

Die Politik im Allgemeinen und die Sportpolitik im Besonderen muss in stärkerem Maße als bisher die Dynamik der Sportentwicklung berücksichtigen, die notwendigen Rahmenbedingungen sichern sowie fortentwickeln. Darüber hinaus ist der Sport für die



Gesunde Perspektive für den Hochleistungssport - Staatssekretärin Ute Vogt und Lothar Binding im OSP Rhein-Neckar

Heidelberg - Ute Vogt, Parlamentarische Staatssekretärin und der SPD Bundestagsabgeordnete Lothar Binding besuchten den Olympiastützpunkt Rhein-Neckar, um sich über die Perspektive des OSP, als professionelles Dienstleistungs-Kompetenz-Zentrum unserer Region zu informieren.

Politik ebenso innovativer wie verlässlicher Partner zur Gestaltung politischer Handlungsfelder und gesellschaftlicher Reformprozesse.

Der Leistungssport braucht optimale Rahmenbedingungen und Unterstützungssysteme. Zu ihnen zählen im Bereich des Spitzensports die über den Bundeshaushalt gesicherte Sportförderung durch Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Zoll und die Ausstattung der Förderbereiche „Zentrale Maßnahmen“ und „Investitionen“ durch ein hohes Fördervolumen.

Das Rückgrat des Sportsystems sind die 90.000 Sportvereine mit ihren rund 27 Millionen Mitgliedern. Ihr wichtigster Partner sind die Kommunen, die den größten Anteil an der gesamten öffentlichen Sportförderung aufweisen – nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes entfallen auf die Kommunen 79,6% der öffentlichen Fördermaßnahmen. Zu den wichtigsten kommunalen Aufgaben gehört die Versorgung der Bevölkerung mit „Gemeinbedarfseinrichtungen“. Die „sportliche“ Infrastruktur ist wesentlicher Eckpfeiler kommunaler Lebensqualität, ihre Weiterentwicklung sowie die Unterstützung der Sportentwicklung ist für den Sport und seine Organisationen von zentraler Bedeutung.

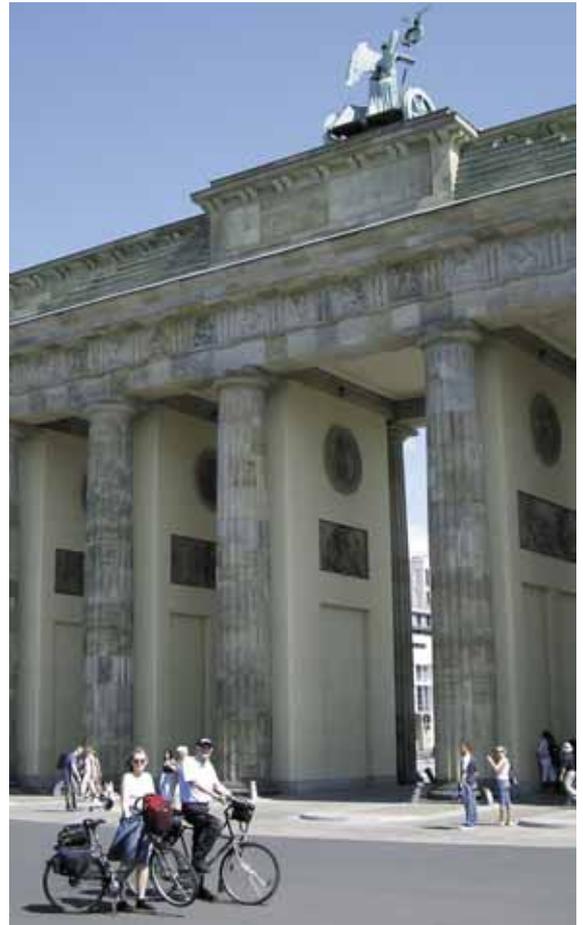


Unsere Zukunft: Nachhaltig und Weltoffen

Was uns die Experten bereits seit vielen Jahren vorhersagten, drängt sich mehr und mehr in unser tägliches Leben. Die fossilen Energieträger wie Öl, Kohle, Gas aber auch Uran werden knapper. Zudem ist ihre Lieferung stark von der internationalen Lage abhängig. Gestiegene Nachfrage aus Asien und Konflikte im Nahen Osten haben die Preise für Öl und auch Gas auf neue Rekordhöhen klettern lassen. Außerdem wissen wir, dass wir unsere Umwelt schädigen, wenn wir weiterhin die riesigen Mengen an Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe in unsere Atmosphäre freisetzen. Treibhauseffekt und weitere Folgen sind schon jetzt zu spüren, die folgenden Generationen werden mit noch größeren Problemen umgehen müssen.

Deshalb war es an der Zeit zu handeln. Wir setzen konsequent auf die Weiterentwicklung alternativer Energien. Seit 1999 konnten wir den Anteil von Wind-, Wasser- und Sonnenenergie, sowie aus Biomasse und Erdwärme gewonnenem Strom fast verdoppeln. Dies macht uns zur weltweit führenden Nation im Sektor der erneuerbaren Energieträger. Ein Technologievorsprung, der sich mittelfristig auch positiv auf unseren Arbeitsmarkt auswirkt. Bereits heute haben ca. 120.000 Menschen eine Beschäftigung in diesem Bereich.

Zudem setzen wir Zug um Zug den Ausstieg aus der Kernenergie um. Im Jahr 2003 wurde mit dem AKW Stade das erste Kraftwerk stillgelegt. Auch die umstrittenen Transporte von atomarem Müll wurden auf ein Minimum zurückgefahren.



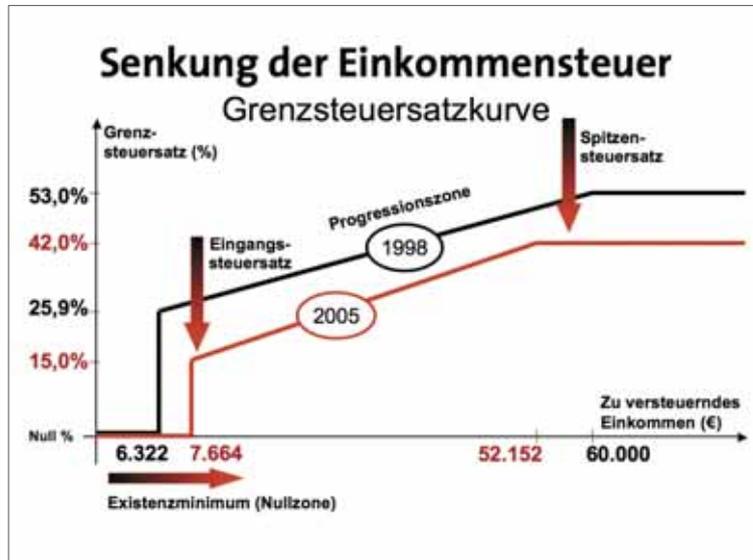
Ohne Benzin, dafür mit „hohem“ CO₂ Ausstoß erreichten meine Frau und ich Berlin „by bike“. In unserem **Sommerurlaub** fuhren wir mit unseren Rädern von Heidelberg nach Berlin.

International haben wir ebenfalls viel erreicht. Mit dem Kyoto-Abkommen hat sich die internationale Gemeinschaft auf eine Reduzierung der Treibhausgase und anderer schädlicher Emissionen geeinigt. Immer mehr Staaten treten dieser wichtigen Vereinbarung bei; mit Russland zuletzt auch einer der ganz wichtigen Staaten. Deutschland kommt seiner Verpflichtung, den Ausstoß an Treibhausgasen um 21% zu verringern, konsequent nach. Derzeit haben wir immerhin 19% erreicht.

Gut für die Umwelt und unsere nachfolgenden Generationen!



Deutschland ist steuerpolitisch gut aufgestellt



Entlastung hat einen Namen: Steuersenkungsgesetz

Familien, Singles, Alleinerziehende und der Mittelstand sind die großen Gewinner der Steuerreform, die im Jahr 1999 als Gesetz mit fünf Stufen für die Folgejahre bis 2005, beschlossen wurde und in Kraft trat.

Hauptziele der Steuerreform sind die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Zukunftssicherung der Sozialsysteme und eine gerechtere Besteuerung.

Warum bestehen eigentlich immer noch Unklarheiten darüber, welche Steuern in welcher Höhe und für wen in welchem System gesenkt wurden? Ganz einfach: Weil alles so kompliziert ist. Trotz starker Vereinfachungen.

Und das hängt eben damit zusammen, dass zwar alle fordern, das Steuersystem zu vereinfachen – aber jeder will gleichzeitig seine eigene Situation in einer komplizierten nationalen und sehr komplexen internationalen Gesellschaft berücksichtigt sehen.

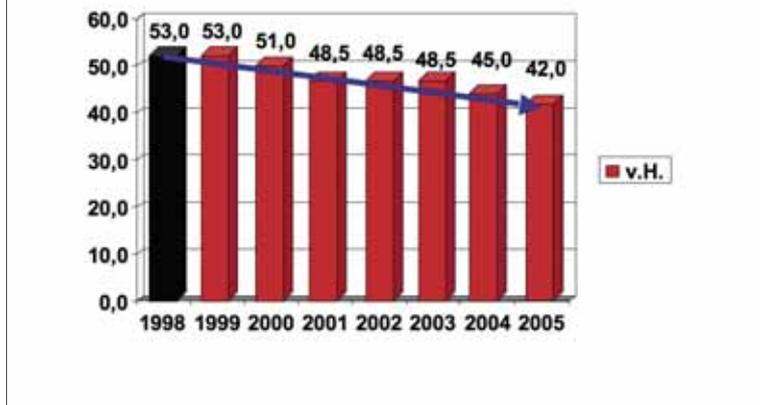
Daneben ist zu beachten, dass es in Deutschland neben der Privatperson mit ihrem Lohn oder Einkommen aus historischen Gründen zwei grundverschiedene Rechtsformen für Unternehmen gibt: Die Personengesellschaft und die Körperschaft.

Bei der **Privatperson**, die Lohn- und Einkommensteuer bezahlt, werden per Gesetz nicht die Steuersätze festgelegt, die wir tatsächlich auf unser gesamtes Einkommen bezahlen, also die Realsteuersätze oder Durchschnittssteuersätze, sondern die Grenzsteuersätze. Der Grenzsteuersatz gibt an, wie hoch der Steuersatz in Prozent auf den letzten Einkommenseuro ist.

Die **Personengesellschaft**, oft etwas ungenau auch als „der Mittelstand“ bezeichnet, also Handwerksbetriebe, Einzelunternehmer, etc., sind nicht selbständig rechtsfähige Gesellschaften, und bezahlen keine Steuern: Keine Körperschaftsteuer, keine Gewerbesteuer, keinen Solidaritätsbeitrag und keine Einkommensteuer. Für Freiberufler, also Ärzte, Rechtsanwälte etc. gilt hinsichtlich der Steuern das Gleiche.



Senkung des Spitzensteuersatzes



Vor der Steuerreform bezahlten die **Eigner von Personengesellschaften** Gewerbesteuer. Seither entfällt die Gewerbesteuer durch Verrechnung mit der Einkommensteuer fast vollständig. Eigner von Personengesellschaften zahlen dann nur noch Einkommensteuer und den Solidaritätsbeitrag, wie jeder Angestellte oder Arbeiter auch¹.

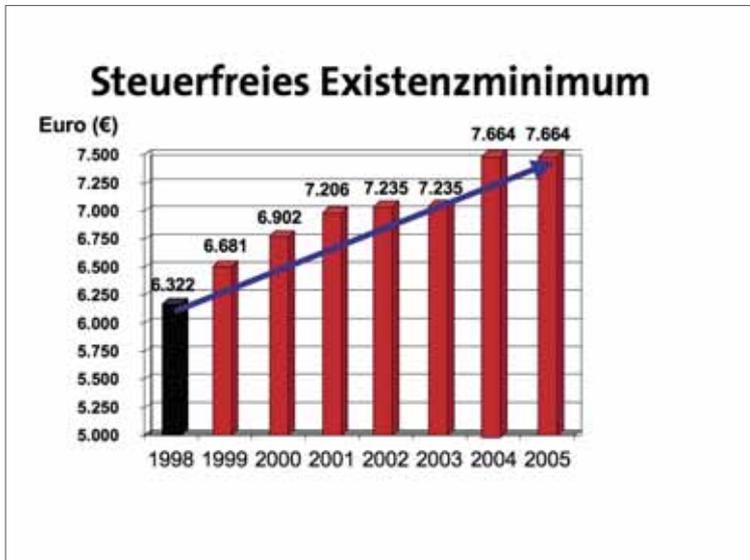
Aus diesem Grund – keine Körperschaftsteuer, fast keine Gewerbesteuer – hat die Einkommensteuerreform dem Mittelstand in seiner Rechtsform Personengesellschaft ebenso geholfen wie allen Arbeitnehmern. Dass eine Gesellschaft durch eine spezielle Steuersenkung, hier die Körperschaftsteuer, keine Entlastung erfahren kann, weil sie diese Steuerart gar nicht bezahlt, versteht sich von selbst.

¹ Freiberufler bezahlten bisher keine Gewerbesteuer an die Gemeinden. Das sollte 2004 im Rahmen einer Gemeindefinanzreform geändert werden. In Zukunft sollten auch Freiberufler Gewerbesteuer bezahlen, diese aber, wie auch die Personengesellschaften, weitestgehend mit der Einkommensteuer verrechnen dürfen. Leider wurde die große Reform der Gewerbesteuer als Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzreform vom Bundesrat verhindert.

So sind zunächst die folgenden drei Kernpunkte der Steuerreform² für den Mittelstand genauso wie für private Lohn- und Einkommensbezieher wesentlich:

1. Die “Verlängerung der Nullzone”, also der Betrag, für den überhaupt keine Steuer bezahlt werden muss: früher 6.322 €, heute 7.664 €.
2. Die Absenkung des Eingangssteuersatzes von noch 25,9 Prozent unter Kohl auf heute 15 Prozent.
3. Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent im Jahr 1998 für Einkommen über 52.000 € (verheiratet 104.000 €) auf 42 Prozent.

² Um einige Beispiele zu geben: Ein Unverheirateter mit 25.000 € Bruttoeinkommen spart im Jahr 2006 im Vergleich zu 1998 860 € Einkommensteuer. Eine allein stehende Mutter, die 30.000 € verdient, spart künftig sogar 940 €. Ein verheirateter Ingenieur ohne Kinder hat bei einem Familieneinkommen von 40.000 € im Jahr 2006 1.365 € mehr im Geldbeutel, eine verheiratete Angestellte mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen der Familie von 35.000 € zahlt 1.222 € weniger Steuern als im Jahr 2000.



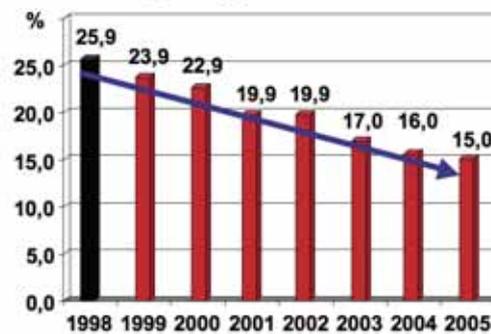
Im Privatbereich wird so die Nachfrage nach Verbrauchsgütern gestärkt, weil sich die Menschen mehr leisten können. Dabei sind übrigens die Ökosteuer, die Versicherungssteuer und die Tabaksteuer, gemessen an dieser grundsätzlichen Entlastung, fast zu vernachlässigen: Pro Jahr stehen z.B. der Ökosteuer einer Familie mit zwei Kindern von ca. 150 € im Vergleich 1998 mit 2006 eine Steuer- und Familienentlastung von ca. 2000 € gegenüber. Abgesehen davon fließt die Ökosteuer ja durch den Versicherungsbeitrag von noch immer unter 20% für die Rente wieder an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zurück.

Bei den **Körperschaften**, also insbesondere Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), sieht es dagegen ganz anders aus. Körperschaften bezahlen Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag. Körperschaften müssen also auf der Ebene der Gesellschaft ihren Gewinn versteuern.

Durch ein neues Besteuerungsverfahren gibt es aber deutliche Verbesserungen sowohl bei der Unternehmens- als auch bei der Dividendenbesteuerung. Das komplizierte und für Missbräuche anfällige Vollarrechnungsverfahren wird durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt. Die Gliederungsrechnung entfällt langfristig. Das sind bedeutsame Vereinfachungen.



Senkung des Eingangssteuersatzes



Im Unternehmensbereich sind folgende Kernpunkte wichtig:

1. Vereinheitlichung und deutliche Senkung der Steuer auf den Gewinn der Unternehmen - definitiv 25% für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne.
2. Nur die Hälfte der Dividenden werden bei der Einkommensteuer der Anteilseigner besteuert. (Halbeinkünfteverfahren)
3. Veräußerungsgewinne eines Anteilseigners aus anderen Kapitalgesellschaften werden erst besteuert, wenn diese die Unternehmenssphäre verlassen³.

³ Das bedeutet, dass alle Veräußerungsgewinne schließlich einmal versteuert werden. Früher wurde oft nur deshalb nicht verkauft, weil die Steuerbelastung in diesem Moment den Verkaufsvorteil aufzehrte. Da war es oft besser, veraltete Betriebsmittel zu behalten, also Kapital an falscher Stelle zu binden, deshalb sprechen wir von Fehlallokation von Kapital, als dieses Kapital in neue Technik etc. zu investieren – auch um Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Formulierung „Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne“ bezieht sich also nur auf den Zeitpunkt der Steuerzahlung, wenn dieser Zeitpunkt die Veräußerung zwischen zwei Unternehmen beschreibt. Geht der Veräußerungsgewinn über in private Hand wird sofort versteuert.

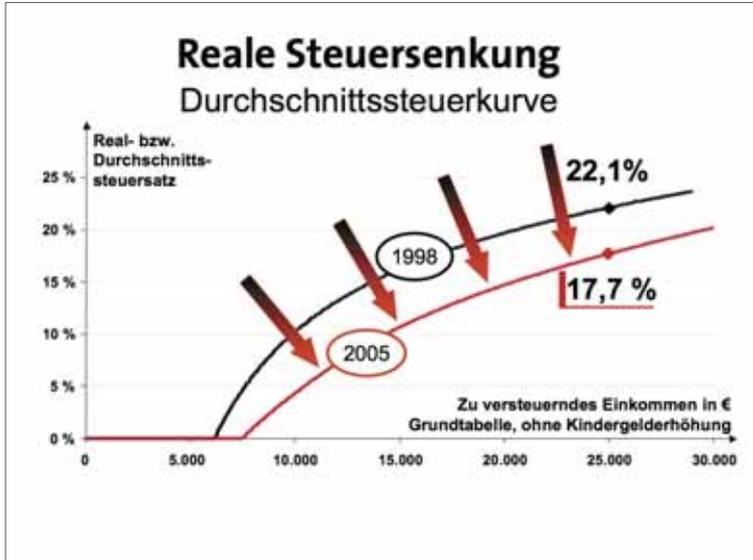
Im Unternehmensbereich wird so die Investitionsbereitschaft bzw. die Nachfrage nach Investitionsgütern gestärkt.

Zusammengefasst bedeutet das:

Während es in der Rechtsform einer Personengesellschaft nur eine Besteuerungsebene gibt, den Inhaber, existieren im Bereich der Körperschaften, also bei GmbHs und Aktiengesellschaften, zwei Besteuerungsebenen. Eine ist die Ebene der Körperschaft, die Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zu bezahlen hat, die zweite ist die Ebene der Anteilseigner, die Einkommensteuer zu bezahlen haben.

Deshalb sind auch die Steuersätze in diesen beiden völlig verschiedenen Systemen nicht vergleichbar. Fehlendes Verständnis für den Hintergrund dieser Zusammenhänge war eine der Hauptursachen, warum der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Merz im Vermittlungsverfahren fachlich scheitern musste.

Ein grundlegender positiver Effekt der Reformen in mehreren Schritten zwischen 1998 und 2005 ist die deutliche Verbesse-



zung der Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Wirkungen. Die Menschen können mehr Geld für ihren persönlichen Bedarf ausgeben, die Industrie und der Mittelstand können mehr investieren. Beides sind zentrale Wachstumsimpulse und gute Voraussetzungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Alles in allem bedeutet dies, ausgenommen einige wenige Großkonzerne, Atomkraftwerksbetreiber und Versicherungen, eine spürbare Entlastung für fast alle Steuerzahlenden.

Grenzsteuersatz, Eingangssteuersatz, Durchschnittssteuersatz

Der Grenzsteuersatz ist jeweils der Steuersatz, der für den letzten Einkommenseuro zu bezahlen ist. Als Beispiel nehmen wir jemanden der soviel verdient, dass er den höchsten Grenzsteuersatz, also den Spitzensteuersatz, zu bezahlen hat. Jemand der 52.152 € im Jahr zu versteuern hat, zahlt seit 1. Januar 2005 den Spitzensteuersatz

von 42% - aber nur für den Teil des Einkommens, der über den 52.152 Euro liegt. In der Progressionszone ist der Steuersatz für jede einzelne kleine Stufe verschieden.

Früher hatten die Stufen in der Steuertabelle eine Schrittweite⁴ von 28 €. Inzwischen, seit 2000, liegt diese Schrittweite praktisch auf einem Euro, ist also noch viel genauer, kontinuierlich, weil die Tabelle in der praktischen Auswertung ersetzt wurde durch eine mathematische Formel, die mittels Rechnern aus dem jeweiligen Grenzsteuersatz die zu bezahlende Steuer bestimmt. Die schnelle Rechnung: Verdienst 60.000 €, 42% Steuersatz ergibt ca. 25.000 € Einkommensteuer führt also zu einem falschen Ergebnis.

Schauen wir, wie hoch der Steuersatz für den ersten verdienten Euro unseres 60.000 Euro Verdieners ist. Der Prozentsatz ist Null. Das kommt daher, dass jeder Mensch in Deutschland für einen bestimmten Teil seines Einkommens, dem Existenzminimum keine Steuern zu bezahlen hat. Dieses Existenzminimum, auch Nullzone genannt,



beträgt ab 2005 sogar 7.664 Euro. Erst wer einen Euro mehr als das Existenzminimum verdient, muss Steuern bezahlen.

Und zwar muss für den ersten Euro oberhalb des Existenzminimums der so genannte Eingangssteuersatz bezahlt werden. Eingangssteuersatz, weil das der erste Steuersatz ist der oberhalb einer bestimmten Schwelle, dem Existenzminimum, zu bezahlen ist. Der Eingangssteuersatz beträgt seit 2005 nur 15%. Früher schaute man z.B. in der Steuertabelle, welche weiteren Steuern unser 60.000 € Verdiener zu bezahlen hat. Heute errechnet man anhand einer mathematischen Formel die Steuersätze. Für jeden Euro muss er einen anderen Steuersatz bezahlen. Also für den ersten Euro oberhalb des Existenzminimums, wie gesagt 15%, für die jeweils nächsten etwas höhere Steuersätze und so geht es weiter, bis er für den letzten Euro, seines Verdientes bei 42% angekommen ist. Nun werden alle Steuerbeträge für die vielen Euro Schritte addiert

und schon haben wir die Steuern, die er bezahlen muss.

In unserem Fall sind das 17.286 €. Dieser Steuerbetrag entspricht also einem Prozentsatz von 28,81 % von seinem Einkommen. Dieser Steuersatz heißt dann Realsteuersatz bzw. Durchschnittssteuersatz. Und dieser Steuersatz ist für alle wichtig, weil nur er schnell zeigt, wie viel Prozent Steuern ich bezahlen muss. Hierbei sind Freibeträge nicht berücksichtigt.

In der Politik beschlossen bzw. im Gesetz formuliert stehen aber nur die Höhe des Existenzminimums, der Eingangssteuersatz und der Spitzensteuersatz und in einer Formel die Schrittweite und die Steigerung der Prozentsätze für die einzelnen Schritte, die früher in der Steuertabelle zu finden waren. Wegen dieser Steigerung, die bei uns heute zwischen 15% und 42% liegt, heißt diese Zone in der Grenzsteuerkurve auch Progressionskurve oder Progressionszone.



Ich möchte mich bei allen Mitstreitern und Unterstützern für die fruchtbare Zusammenarbeit der letzten Jahre sehr herzlich bedanken.

OV Vorsitzende

Beate Adler, Hemsbach
Ulrich Arnswald, Bergheim
Tarek Badr, Ketsch
Marianne Carver, Pfaffengrund
Klaus Ding, Plankstadt
Rolf Emenlauer, Lützelsachsen
Karl Emer, Rohrbach
Martin Fath, Oberflockenbach
Dr. Alex Füller, Weststadt
Manfred Henkel, Altlußheim
Dr. Alfred Hermann, Dossenheim
Ingo Imbs, Kirchheim
Michael Kappes, Ziegelhausen
Sebastian Klassen, Neuenheim
Gerhard Kleinböck, Ladenburg
Harald Klenke, Hohensachsen
Wolfram Koschmieder, Handschusheim
Thomas Krczal, Wieblingen
Maren Kunkel, Weinheim
Rüdiger Lorbeer, Brühl
Hans Mazur, Sulzbach
Jürgen Merx, Heddesheim
Irmgard Mohr, Schriesheim
Hans-Jürgen Moser, Laudenbach
Rolf Petzold, Boxberg
Richard Georg Pipusz, Emmertsgrund
Dieter Rösch, Reilingen
Prof. Dr. Edith Rost-Schaude, Rippenweier
Jens Rüttinger, Oftersheim
Renate Schmidt, Eppelheim
Wilfried Schweinfurth, Schwetzingen
Ingrid von Trümbach-Zofka, Hockenheim
Peter Westermann, Altstadt/Schlierbach
Ulrich Wiedemann, Hirschberg
Hansjörg Wildenstein, Neulußheim
Thomas Zachler, Edingen-Neckarhausen
Regina Zäh, Ilvesheim

Fraktionsvorsitzende

Werner Brants, Heidelberg
Fredy Busse, Hemsbach
Dieter Ehle, Laudenbach
Dieter Hoffstätter, Altlußheim
Gerhard Jungmann, Ketsch
Willi Keller, Hockenheim
Gerhard Kleinböck, Ladenburg
Hans-Jürgen Krieger, Schriesheim
Jürgen Merx, Heddesheim
Wolfgang Metzeltin, Weinheim
Rüdiger Neumann, Dossenheim
Kerstin Nötting, Schwetzingen
Dieter Rösch, Reilingen
Heidemarie Roß, Neulußheim
Rolf Sauer, Ilvesheim
Dieter Schneider, Plankstadt
Roland Schnepf, Brühl
Manfred Schulz, Hirschberg
Gerhard Wenner, Oftersheim
Lothar Wesch, Eppelheim
Thomas Zachler, Edingen-Neckarhausen

Kreisvorsitzende

Lars Castellucci, SPD Rhein Neckar
Eva Maria Eberle, SPD Heidelberg



Zukunft konkret – Politische Schwerpunkte 2005

Finanzen / Haushalt

- Perspektiven Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Wirtschaft / Arbeit / Tourismus / Verkehr Bau / Wohnen / Ost

- Jahreswirtschaftsbericht 2004/2005
- Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie (Kok-Bericht) und Vorschläge für ihre weitere Entwicklung
- Zukunft der Mitbestimmung
- Umsetzungsprozess Hartz IV
- Integration ausländischer Jugendlicher in den Arbeitsmarkt
- Novellierung des Energiewirtschaftsrechts
- Europäische Dienstleistungsrichtlinie
- WM 2006
- Stärkung und Sicherung Schienenverkehr
- Bahn-Börsengang
- Neujustierung der Förderung Aufbau Ost

Familie / Senioren / Frauen / Jugend / Bildung / Forschung

- Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ - Der Weg in die Zukunft
- Weiterentwicklung der Innovationsoffensive
- Begleitung des Ausbildungspaktes (im Herbst 2005 Evaluierung)
- Begleitung der Gestaltung des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU
- Hochschulpolitik in Abhängigkeit von Ergebnissen der Föderalismuskommission: Regelungen für Zulassung, Abschlüsse, Qualitätssicherung und Dienstrecht
- Begleitung der Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG)
- Antidiskriminierungsgesetz (ADG)

- Gleichstellung in der Privatwirtschaft
- Frauen und Arbeitsmarkt
- Entgeltgleichheit

Gesundheit / Soziale Sicherung

- Gendiagnostikgesetz
- Präventionsgesetz
- Armut- und Reichtumsbericht
- Innovation: Bewältigung des demographischen Wandels
- Begleitung der GMG-Umsetzung, v. a. Struktur- und Finanzentwicklung
- Umsetzung der Gesetzesregelung Zahnersatz und Krankengeld

Umwelt / Verbraucherschutz / Ernährung und Landwirtschaft / Nachhaltigkeit

- Sozialdemokratische Vorstellungen für die Landwirtschaft
- Nationales Klimaschutzprogramm
- Effizienzprogramm
- Fortschreibung nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Innen / Recht / Sport / Kultur und Medien

- Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz
- Antidiskriminierungsgesetz
- Patientenverfügung, Betreuungsrecht
- Informationsfreiheitsgesetz
- Plebiszite/Referenden
- Strukturreform des Rundfunks

Europa

- Ratifizierung Europäische Verfassung
- Finanzielle Vorausschau 2007-2013

Außen- und Verteidigungspolitik, Entwicklungspolitik und Menschenrechte

- Kampf gegen den internationalen Terrorismus
- Innovative Instrumente der Entwicklungsfinanzierung





**Haben Sie Fragen zum Gelesenen?
Wollen Sie mehr über mich und meine politische
Arbeit erfahren?**

So können Sie mich erreichen:

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 7 31 44
Fax: (030) 227 - 7 64 35
e-Mail: lothar.binding@bundestag.de

Bürgerbüro Heidelberg:
Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Tel.: (06221) 18 29 28
Fax: (06221) 61 60 40
e-Mail: lothar.binding@wk.bundestag.de

Pressereferat:
Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Tel.: (06221) 16 06 90
Fax: (06221) 61 60 40
e-Mail: bindingpr@onmedia.de

Oder schauen Sie auf meine Internetseite unter:
<http://www.lothar-binding.de>

Hier finden Sie Informationen zu aktuellen politischen Themen, meine Standpunkte dazu sowie umfangreiches Archivmaterial aus meiner Bundestagsarbeit.